

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland

Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 20  
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Wiederhersteller: Für die deutsche politische Partei-Liste 10 Wahlkreise. — Druckerei im Reichsamt 9, 20. — Der gegenwärtige Herausgeber: Dr. Friedrich Wiegand, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 4 Halle (S.) 28. Januar 1928 4. Jahrgang

## Koalition auf Kündigung.

### Wann wird neu gewählt?

Noch immer waltet das lästige Bestreben vor, den festgesetzten bis Ende März zusammenzubringen, den Etat für 1928 rechtzeitig fertigzustellen. Das kann nur geschehen, wenn der französische oder frühere österreichische Gebrauch, durch ein Vorläufiges Einmengen und geben zu bewilligen, nicht zur Nachbesserung der Beratung des Etats mit vorgeschrittenen Vorparlamenten ein Willen man überhaupt sparen, und das ist unbedingt erforderlich, so bietet sich hier die einzige Gelegenheit, die zu beschließen. Auch ist es ganz gut, wenn in Einzelheiten hineingeleuchtet wird. Gerade das bayerische Reich, das in deutschen Reichstagen vorhergeführt, das zur Notwendigkeit. Auch ist die Staatsberatung da, über alle schwebenden Fragen zu sprechen, die nicht erledigt werden können, weil sie nur mit besonderen Anträgen auf die Tagesordnung gestellt werden können. Es ist die große Generalabrede, die am allerersten vor einem Volksamt zu entnehmen ist. Eine die Selbstbeschränkung wird allerdings diesmal an sein, denn weil der Etat veripäet einmengen ist die Zeit drängt. Fraglich aber bleibt es, ob sich die Koalition und mit ihr die Reichsregierung auch nur noch halten, denn wir befinden uns mitten in einer schiefen Krise, die jeden Tag zum offenen Ausbruch kommen kann. Es besteht dann allerdings noch die Möglichkeit, aber man unbedingt Gebrauch machen muß, die jegliche auch geschäftsbefreiende weiter im Amt zu behalten, bis diese Arbeit geleistet ist und die Auflösung

### Die Generalabrede

Mit berechtigtem Spott hat der Führer der Demokratischen Partei an dem Eingang seiner Rede die Generalabrede, man führe eigentlich die Opposition gegen die Regierung der Koalitionsparteien überfallen. Nicht aber wird ein gleiches Schicksal erleidet. Seit dem, was Herr Michaelis in sein Kanzler so von allen preisgegeben worden wie Marx. Seine eigenen Reden liegen im Stich. Und das gleiche gilt in noch einem Maße vom Reichsfinanzminister Dr. Köhler. Die Deutschnationalen machten eine vornehme Zurückweisung, die verständlich genug ist. Ihnen sagt nichts, die Abrechnung zu beschleunigen und ein Amt haben, das sie sobald nicht wieder belegen werden. Marx konnte mit dem bündigen König sagen: Steh ich ganz allein? Schon der Anfang nahm sich gut der Regierung war milde, vorbildlich mit der Sprecher einer Oppositionspartei. Er wußte darum, die Geschosse richteten sich nur gegen die Deutschnationalen und einzelne Minister, aber gegen keine Partei, denn der Kaiser sagte sich mit Recht, es habe keinen Sinn, einen zu bestimmen, mit denen man in wenigen Tagen sich zu gemeinsamer Arbeit verbinden werde. Die Koalition ist eben auf dem Marsch, und da sie ihre außer den Deutschnationalen, den Kommunisten und Alldeutschen gehört, hatte er für seine Kritik keine über große Auswahl. Das Kennbild seiner Rede hatte Marx außerdem noch herausgehoben durch die Ergreifung der Reichsregierung über die Hoheitsangelegenheiten, deren keine Ausführungen etwas bläß. Die Generalabrede.

### Die Deutsche Volkspartei

Die erste scharfe Kritik wurde von der Deutschen Partei geleistet. Es ist verhältnismäßig gleichgültig, wer Dr. Cremer im Namen aller Parteimitglieder die Wahl gerade dieses Mannes zum Sprecher bei uns in der ersten Garnitur beweist genaugam, daß die erste die Regierung satt hat. Jeder kannte die Eingänge Dr. Cremers, der einer der liberalen Mitglieder der Partei ist und sehr gern einmal seinen Temperament gelassen läßt. Damit mußte man rechnen und hat gerechnet. Wir können ihn das Zeugnis ausstellen, seine Aufgabe voll erfüllt hat. Schon die Möglichkeit des Etats als Etat des Verfalls war nach dem optimistischen Darlegungen geradezu eine Wahrscheinlichkeit, die große Staatsprobleme wird in der Sitzung unseres Parlaments eine besondere Rolle spielen. Inanspruchnahme, der nur Silberstreifen am Horizont die Möglichkeit einer schiefen Konjunktur entlehnt, daß jedenfalls den Reiz der Neuheit. Ein Minister, der eben so handelt, geht ganz sicher in Bankrott. Wie Herr Dr. Köhler schon an seinen Gedanken, dem er damit keine reine Freude bewilligte, denn der wird vermutlich die schwarzen

Farben wieder auftragen müssen. Cremer geruhte diesen Optimismus unumkehrbar. Dann aber wandte er sich gegen das Kabinett wegen seiner Haltung auf der Länderkonferenz, und beschwerte ihn, daß sie an ihrem Führerrecht habe fehlen lassen. Ein Widerspruch erfolgte nicht. Auch wir denken nicht daran, diese Ausführungen abzuschwächen. Scharf und klar formulierte sich das Befremden zum Einheitsstaat, selbstverständlich zum beschränkten, denn auch der selbstverständliche Initiativ wird nicht wünschen, daß noch die Berliner Bürokratie verperfäkt wird. Die Parole: Für Freiheit, Einheit und Einheitsstaat ließ sich jedenfalls hören.

### Das Zentrum

Biersack hatte man angenommen, daß Herr von Gumbard seinen beiden bedrängten Parteifreunden Köhler und Marx zu Hilfe eilen würde. Zum mindesten konnte er die Angriffe auf beide abwenden. Er dachte gar nicht daran. Im Gegenteil. Die Kritik der Volkspartei wurde von ihm noch unterföhren. Herr von Gumbard hat eine feine Witterung und weiß, daß im Zentrum die Zustimmung über das jetzige System gewaltig angeschwollen ist und im Notfall auch einmal die Dämme der Partei überfließen kann. Der Kuge Mann baut vor. Das tat er auch. Er zerpflichte den Etat genau wie Cremer und verteidigte den Finanzminister zu. Mit der Haltung des Kabinetts auf der Länderkonferenz war auch er nicht einverstanden. Er ist kein Initiativ. Das Zentrum hat sich in dieser Hinsicht zu bedeutend gewandelt und nimmt Rücksichten auf die bayerische Volkspartei, mit der man eben ein Abkommen geschlossen hat. Aber deren Partikularismus macht er doch nicht mit. Am schlimmsten erging es dem Kaiser wegen seiner Aeußerung, das Zentrum sei eine Verfassungskonferenz und weder monarchisch, noch republikanisch. Dieses Wort unseres einigen Reichspräsidentenstandbater hat das Volk zum Ueberlaufen gebracht. Herr von Gumbard gebrauchte keine scharfen Wendungen, genau nicht, er sagte nur seine Meinung, und die unterföhren sich von der Herrn Marx wie der Tag von der Nacht. Das Zentrum ist und bleibt republikanisch. Damit punktuell über Ohren hat zu hören, der höre. In diesem Augenblick war der Kaiser ein toter Mann. Doch er jemals wieder in der deutschen Republik eine leitende Stelle bekleiden wird, kann schon heute als ausgeschlossen gelten. Sollte das Zentrum durch Erwoarten die nächste Kabinetsbildung überlassen, was wahrscheinlich wird das Sozialdemokratie tun, so stellt es den bisherigen Inhaber des Amtes nicht heraus.

### Die bayerische Volkspartei

Der Kuge Demokrat von Bamberg hatte es nicht gerade einfach. Herr Dr. Reich ist kein Freund langer Reden. Er sagt sich immer kurz und gewinnt schon dadurch. Was er sagt, ist wichtig und überlegen, auch wenn man mit seinen Ausführungen an sich nicht einverstanden zu sein braucht. Er war diesmal besonders kurz und man kann ihm das nachfühlen, denn das einzige Kapitel, über das er ausführlicher werden durfte, war der Einheitsstaat, über die Auflösung in Bundesstaaten, wie sie München verlangt. Herr Dr. Reich ist viel zu lange in Berlin tätig und hat zu tief in die Dinge hineingesehen, um noch begeistert die Gedanken, die man an der Stirn beat, zu vertreten. So begnügt er sich damit, den Einheitsstaat etwas abzuwehren. Man deutlich durfte er dabei auch nicht werden, denn diese Belastung hätte die junge Freundschaft mit dem Zentrum nicht getragen, und er weiß sehr wohl, daß diese Freundschaft unbedingt nötig ist, wenn die bayerische Volkspartei nicht im Seimatlande eine offene Niederlage erleiden soll. Zu vermeiden ist sie ohnedies nicht, aber sie wird durch die Hilfe des Zentrums etwas vermindert. Man braucht die schützende Hand des großen Bruders, und man darf auch die Sozialdemokratie nicht geringfügig behandeln, da man voraussichtlich im bayerischen Landtag mit ihr zusammengehen wird.

### Schulgesetz

In seiner Staatsrede hat der Demokrat Dietrich Baden der Deutschen Volkspartei nachdrücklich Grüsse übermittelt. Ein Dank für ihre Haltung beim Schulgesetz, bei dem die liberale Einheitsfront sichtbar wird. Man soll gerecht sein und das Bedenken der Deutschen Volkspartei anerkennen. Selbstverständlich mit Unterschied. Herr Dr. Heine, der eines ihrer Mitglieder im Bildungsausschuß ist, würde den Deutschnationalen keine Schwäne machen. Liberalen Geistes hat er keinen Dank verdient. Darauf legt er auch keinen Wert. Er ist immer national-liberal gemein und zwar im schlechtesten Sinne des Wortes. Herr

Dr. Kuntel hat sich schon anders laut gewendet, und Frau Dr. May, die ursprünglich nicht gerade sehr monoton kämpfte, ist aus ihrem rheinischen Wahlkreis mit dem Geißel zurückgekommen, daß man dort eben über den Fall denkt als sie vor allem hat Herr Dr. Schöps als Führer der Partei, das wollen wir ausprechen, gerade weil wir sehr selten in der Lage sind, ihm Lob zu spenden, mit aller Ehrlichkeit gegen das Schulgesetz geltenden Artikel auf Artikel wurde angenommen, allerdings nicht im Einigstempo. Einige Male gelang es der Volkspartei, die Paragraphen so umzumodeln, daß der Prälat Dr. Schreiber vom Zentrum schier verzweifelte. Bei anderen Paragraphen wurde ein Vorbehalt gemacht. Die Klippe kommt erst. Es ist der Paragraph 20, der die Simultanföhrung in Baden, Hessen und Württemberg behandelt. Hier bleibt die Volkspartei fest, kann auch nicht anders, weil diese Einrichtung in Baden von Wasserbauer stammt, den man noch heute als den eigentlichen Führer betrachtet. Auch Stresemann ist sein Schüler. Im Zentrum wußte man den Kopf hin und her. Bei so vielen Jagdplätzen hätte man auch mit der Unklar zum Abstieg kommen können. Die Stunde ist nicht fern, wo die Erklärung erfolgen wird: Hier danken bestens. Wir auch. Ohne Schulgesetz geht es nämlich genau so gut. Sollte es aber kommen, dann muß es in die Zukunft weisen, nicht in das Mittelalter.

### Die Not der Landwirtschaft

Die schändlichen Klagen unserer Agrarier über ihre schlechte Lage dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß jetzt tatsächlich ein Notstand besteht. Das ist nicht mehr Angelegenheit eines einzelnen Berufs, sondern eines ganzen Volkes, denn ihre Erzeugnisse nehmen an Wert zum schrecklichen Maß mit denen der Industrie auf, Deutschland produziert mehr Milch als Kofeln. Um ein Beispiel zu nennen. Auch kommt hinzu, daß wir uns unbedingt im eigenen Lande ernähren müssen, wenn wir nicht dauernd mit einer passiven Handelsbilanz rechnen wollen, womit auch alle anderen Erzeugnisse verteuert werden. Siles ist also unbedingt erforderlich. Herr Schöps und Herr von Reichel haben den Antrag gestellt, 100 Millionen aus Reichsmitteln zu bewilligen. Dagegen wehrt sich der Minister für Optimismus, Dr. Köhler. Er hat das Geld einfach nicht. Die anderen Parteien der Regierung sind in einer üblen Lage. Sie können durch eine so gewaltige Summe nicht den Etat ins Wasser bringen, müssen aber, und das gilt namentlich vom Zentrum, Mühselig auf die Bauern nehmen. Wir alle sind damit einverstanden, daß etwas geschieht. Wir scheinen uns die 100 Millionen bedenklich, namentlich wenige Wochen vor den Wahlen. Es besteht die Gefahr, daß die Verteilung wieder so erfolgt wie häufig. Die Großen, die immer am besten und lautesten schreien, bekommen viel, die Kleinen, die es unbedingt brauchen, so gut wie gar nichts. Und dann erleben wir, daß die notleidenden Großagrarien plötzlich die Mittel haben, um die Agitation der Deutschnationalen zu finanzieren. Denn muß unter allen Umständen ein Niegel vorgezogen werden.

### Auf zum Wahlkampf

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Köhler hat die Mannheim erklärt, er rechnet mit Maiwahlen. Das dürfte auch zutreffen. Dann haben wir nur noch drei Monate vor uns, die reiflos ausgegüht werden müssen. Die Kandidaturen sind aufgestellt. Erstlich, daß es in seltener Einmütigkeit geschah. Redner und linker Flügel sind gleich berücksichtigt, wie das dem Weien der Demokratie entspricht. Die Arbeit beginnt. Reich ist sie nicht. Um so mehr muß jeder seine Pflicht tun. Richard May.

## Bildfunk ....

Wie lange wird es noch dauern, bis in jedem Heim / wie heute ein Radio-Empfänger / auch der Bildfunk-Apparat steht, der durch drahtlose Bild-Übertragung erst die technische Vervollendung des Rundfunks bringt? Über alle Fortschritte auf diesem Gebiet wie auch über viele andere interessante Dinge erzählt (jeden verständlich) die größte Funkzeitung Deutschlands, der Deutsche Rundfunk, der überdies allwöchentlich familiäre ausführliche Programme aller in- und ausländischen Sender bringt

Bestellpreis 50 Pf. Monatsbeitrag DM 2.- / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. / Probeheft gratis vom Verlag, Berlin N. 24.





lohen Schauspieler hat bereits im vorigen Jahr, als das Problem die Behörde zu beschäftigen begann, der Bühnenvolksbund ergreifen, indem er dringend anriet, zunächst einmal die Scheidung zwischen berufstätigen und berufsuntauglichen Elementen vorzunehmen. Diese sollten durch Umstellung in andere Berufe überleitet oder, soweit sie der Ausübung des Bühnenberufs nicht mehr gewachsen wären, in die Kompetenzen der Wohlfahrtsämter übergeführt werden; für jene aber sollten Schulungsstufen durchgeführt werden.

Nachdem bereits das städtische Arbeitsamt in Düsseldorf dieser Anregung des Bühnenvolksbundes weitgehend folgt war, hat jetzt auch der Präsident der Reichsamt für Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenversicherung in einem Erlaß an die Landes-Arbeitsämter den fruchtbarsten Gedanken aufgegriffen, die für die Beschäftigung erwerbsloser Schauspieler im Rahmen der Wanderbühnenmäßigkeit ausgeworfenen Hilfsmittel mit der Aufgabe zur Einbringung des Beschäftigten zum Verknüpfen. Zur Erreichung dieses Zwecks sollen die Probenbüchse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den wichtigsten deutschen Theaterstädten paritätische Prüfungsausschüsse errichten, denen der Nachweis obliegt, ob der einzelne fellungsfähige Bühnengehörige für weiteren Berufsausbildung tauglich sei. Die Arbeitsämter sollen dann auf diesem Wege vom Ergebnis der Prüfung verständigt werden und sollen auch ihrerseits die bei ihnen vorgemerkten Bühnengehörigen zur Absolvierung dieser Prüfung anhalten.

Angelehnt der unbedingten Notwendigkeit, gerade die Schauspieler in der Berufsberatung individuell zu behandeln, empfiehlt der Erlaß weiter, auch als ungeeignet erweisene Kräfte „in individuelle Betreuung zu nehmen“, und gleichzeitig werden Beispiele dafür erbracht, daß größere Arbeitsämter bereits mit Erfolg solche Überleitungsmaßnahmen für Bühnengehörige gefunden haben. Wo Prüfungsausschüsse der vorgefertigten Art nicht zustande zu bringen sind, soll der Paritätische Stellennachweis in Berlin auf Anfrage des einzelnen Arbeitsamtes sich gutachtlich über die Verwendungsmöglichkeit oder Unmöglichkeit des einzelnen Bühnengehörigen äußern.

Der Präsident der Reichsamt beschreift hier einen zweifellos außerordentlichen Weg zur Abstellung der ungelösten großen Frage unter den erwerbslosen Bühnengehörigen, die wirklich nicht zuletzt aus der sehr starken Ausdehnung dieses Begriffs auf völlig berufsuntaugliche, nur durch Gelegenheitsbeschäftigung in Form oder Reue mit dem Theater in lose Verbindung gebliebenen Elementen sich ergibt.

## Parteinachrichten. Eine Schwindelnachricht.

**Halle.** In Delitzsch besteht seit 3 Jahren ein republikanisches Blatt, die „Delitzscher Allgemeine Zeitung“, im Verlag von Hugo Alpers. Sie hat naturgemäß bei den Delitzscher Verhältnissen, unter denen sich der „Stahlhelm“ sogar eine allerdings auch aus Kreisen seiner Anhänger abgelehnte Diktatur bei der Neubestimmung der Bürgermeisterei leisten konnte, stark zu kämpfen. Immerhin aber gewann diese republikanische Blatt nach und nach Eingang und konnte dazu übergehen, Kaputtgänger in Eisenburg und Wittenberg seiner Delitzscher Ausgabe anzugliedern. Von der reaktionären Konkurrenz, die bis dahin nur die rein sozialistische Presse gegen sich hatte, wurde das über vermehrt und sie kann darauf, dem lässigen republikanischen Organ etwas am Zeuge zu sitzen. Als Gelegenheit bot sich dazu die kürzlich erfolgte Feststellung, daß die „Delitzscher Allgemeine Zeitung“ vorläufig noch ohne Gewinn arbeite und zu ihrer Erhaltung Zuschüsse von einer G. m. b. H. in Berlin, einem Unternehmen zur Fundierung der republikanischen Presse, erhielt.

Die reaktionäre Presse schlug also Alarm, und man fabuliert schnell, diese Subvention der „Delitzscher Allgemeine Zeitung“ komme aus einem Reichsfonds zur Unterstützung deutscher Grenzlandzeitungen. Da man aber Delitzsch nicht an der Grenze, vielmehr in Mitteldeutschland liege, sei die Vergabe derartiger Gelder an die „Delitzscher Allgemeine Zeitung“ ein hahnensüchtiger Unfug. Immerhin aber war die reaktionäre Presse in den Kreisen Delitzsch, Eisenburg und Wittenberg so wichtig, der Reichsregierung die Stellungnahme und Antwort auf die erhobene Beschwerde zuzuschicken. Anders verfuhr die in Halle erscheinende „Saale-Allgemeine Zeitung“. In tendenziös aufgemachten Ueberschriften sprach sie von einem „Neupreußischen Replikationsfonds“ und stellte in einem von

### Unnahelbaren strogenden Artikel

das preußische Handelsministerium als angeblichen Verwalter des betreffenden Fonds und somit auch als Geber der Subvention an den Verleger der „Delitzscher Allgemeine Zeitung“ hin.

Diesem in Halle erscheinenden Blatt, das aus einem liberalen, fortschrittlichen und demokratischen Organ in das politische Lager von Sangerhausen-Zeitungen hinüberwechselte, kam es also nur darauf an, die Ungelegenheit sofort und in wahrheitswidriger Weise parteipolitisch auszunutzen und dabei, wenn auch in verdorbenster Form, Verdächtigungen gegen die Person des demokratischen preußischen Handelsministers zu werben. Am bei diesem Beginnen nicht zu sehr in die Tinte zu kommen, gebrauchte die „Saale-Allgemeine Zeitung“ zwar die Redewendung, man möchte annehmen, daß dem preußischen Handelsminister die Vorgänge persönlich nicht bekannt seien, in der Tendenz sollten aber gerade die unwahren Behauptungen die Person treffen.

In der nächsten Ausgabe schon mußte man dann zwar die direkt vom preußischen Handelsministerium veranlaßte Berichtigung bringen:

Es trifft nicht zu, daß das Unternehmen des Herrn Alpers in Delitzsch aus Mitteln des Handelsministeriums oder sonstigen dem Handelsminister

etwa zur Verfügung stehenden Fonds jemals unterstützt worden ist.

Aber was hat das! Heute Verdächtigungen bringen und sie morgen wieder richtig stellen und zurücknehmen, gehört zum Handwerk und zur Aufgabe eines Journalisten, wie er in Blättern um den Sangerhausen-Komplex herum ständig gutat. Und daß in diesem politischen und geistigen Gremium auch die „Saale-Allgemeine Zeitung“ nicht fehlen kann, versteht sich von selbst. Zwei Tage nach dem in der „Saale-Allgemeinen Zeitung“ erschienenen Artikel, bringt auch sie diesen wörtlicher. Diese beiden Organe, „S. Z.“ und „S. A. Z.“, die mit ihrem häuslichen Zoff wiederholt die Gerichte beschäftigen und als „Berichterstatter“ einander das Waer nicht gönnen, sind sofort einig, wenn es Angriffe gegen einen parteipolitischen Gegenstand gilt. Man kennt sich — und verträgt sich.

## Zum Einkassieren

der Mitgliederbeiträge suchen wir sofort einen  
**zuverlässigen Voten.**

Die Tätigkeit eignet sich sehr für einen abgebauten Beamten.

Meldungen erbitten wir sofort in unserer Geschäftsstelle  
**Große Brauhausstr. 30.**

**Deutsche Demokratische Partei.**

Zur Kennzeichnung der „Saale-Allgemeinen Zeitung“ übrigens noch eins. Zu gleicher Zeit und in gleicher Form wurde die Schwindelnachricht auch im „Berliner Lokalanzeiger“ veröffentlicht. Die engen Fäden zwischen Sangerhausen-Blättern und der „Saale-Allgemeinen Zeitung“ treten also auch in diesem Falle deutlich hervor. Die „S. A. Z.“ bringt ja auch die zur Genüge bewerteten „Kumpelstischen“ Artikel, über die von der „Nationalliberalen Korrespondenz“ kürzlich das Urteil gefällt wurde, daß sie jenem verächtlichen Journalismus entsprängen, der seinen politischen Gegner dauernd dadurch zu verlesen und herabzusehen sucht, daß er das Privatleben und Familienleben durchsneißt und in der Hoffnung, irgend etwas zu entdecken. Und findet er nichts, dann erfindet er eben etwas, was ihm für sein unlautes Gewerbe in den Kram paßt. Die „Saale-Allgemeine Zeitung“ weiß also, mit wem sie umgeht.

### Kommunistische Zwischenarbeit im mitteldeutschen Metallarbeiterkreis.

**Halle.** Gleich zu Beginn des Streiks brachte die kommunistische Fraktion im halleischen Stadtparlament einen Dringlichkeitsantrag auf Bewilligung von M. 50.000 für die Streikenden ein. Die Dringlichkeit wurde auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Außerdem verbot sich die Leitung des D. M. U. B. das Meinmessen einer politischen Partei in diesen gewerkschaftlichen Kampf und erklärte, daß sie allein für die Leitung des Streiks verantwortlich und diese Verantwortung nicht aus der Hand zu geben willens sei.

Darauf stellte die kommunistische Fraktion unter Beibringung von 15 Unterschriften erneut den Antrag auf Einberufung einer Stadtratsordnungsung, die sich mit ihrem Antrage zu beschäftigen habe. In dieser Sitzung wurde der kommunistischen Fraktion nachgewiesen, daß eine Anzahl Unterschriften unter dem kommunistischen Antrag nicht von den darin namentlich aufgeführten Antragstellern stammen, sondern von anderer Seite zugeigelt und die von den Kommunisten verlangte Stadtratsordnungsung somit erschliefen sei. Trotzdem wurde aber verhandelt. Dabei nannte der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion den Antrag eine Rinderei, mit der die Kommunisten nur ihre Parteiliebe zu lösen beabsichtigten. Der Antrag schädige das Ansehen der freien Gewerkschaften. Die Streikenden würden sich auch fernerhin in solchen gewissenlosen Verhufen, den Streik in das politische Lager zu ziehen, fernzuhalten wissen. Der Antrag wurde mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

**Merseburg.** Die Ortsgruppe hielt am 20. d. Mts. eine große Kundgebung für den Gedanken des Einheitskampfes ab. Als Redner war Herr Landeshauptmann Dr. Hilberner gewonnen worden, der diese hochwichtige Frage in eindrucksvollen Darlegungen behandelte. Leider sei das Ergebnis der kürzlich in Berlin abgehaltenen Vändertagung ein sehr mageres, aber trotzdem, oder gerade deswegen, müsse diese Frage in der öffentlichen Meinung wachgehalten und zum Ziel geführt werden. Besonders heute hätten die Worte des Ministers von Stein Geltung: „Ich kenne nur ein Vaterland, das heißt Deutschland.“

**Weienfels.** Die Deutsche Demokratische Partei veranstaltete am Sonntag, den 15. d. Mts. in Hermanns Garten nachträglich eine Weihnachtsfeier, welche sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen hatte. Der Vorsitzende, Lehrer Schneider, begrüßte die Festversammlung mit herzlichen Worten und betonte, daß, wenn Weihnachten auch 3 Wochen zurückliege, wohl jeder Festbesucher ein wenig der Feststimmung auch für diese Veranstaltung aufgespart habe. Regitationen der Kinder wechselten namentlich mit musikalischen Darbietungen. Dazwischen gruppierten sich Mädchen und Knaben zu einem Plagenreigen, dem sich mehrere Gruppen-Bilder die lebhaften Beifall fanden, angeschlossen. Ein kleines Theaterstück, sowie weitere Langdarbietungen vervollständigten das reichhaltige Programm.

Die Festrede hatte Kreismedizinalrat Dr. Kühn übergeben, übernommen. Der Redner feststellte die 3 durch seine Rednergabe, auf vortheilhafteste und durch seine als Arzt gesammelten Erfahrungen, mit Fühlungen über die verschiedenen sozialen Einträge, die schon das Kind vor der Geburt betreffen und so frühpolitische Wesen laum noch zur Erziehung zu lassen. Verlesung und Tanz hielten die Festteilnehmer bis Mitternacht vereint.

**Sangerhausen.** Die Ortsgruppe der D. D. P. h. Sonntag, den 22. Januar, zunächst einen sehr gut besetzten Kreisparteitag ab. Es wurden geschäftliche und organisatorische Fragen erledigt und die Gründung eines vereins vollzogen. Geschäftsführer Dorndüch über das Thema „Die Wahlen und unsere Organisationsbestimmte Richtlinien für die organisatorische der Ortsgruppe und der Vertrauensleute. Die vorhandene Arbeitsfreudigkeit und Arbeitsbereitschaft eine gute Auswirkung der Anregungen erhoffen.

Nachmittags 3 Uhr folgte eine öffentliche Versammlung mit Vorlesung von Minister Dr. Schreiber „Politik und Wirtschaft“ und von Schulrat Pott „Das Reichsfiskusgesetz“. Die Versammlung kann als glänzende eindrucksvolle Kundgebung der Deutschen Demokratischen Partei in Sangerhausen gelten. Der Redner außerordentlich stark, und mit Recht konnte der Versammler, Herr Schmidt, in seiner Begrüßung behaupten, daß dieser überaus zahlreiche Besuch als Beweis des Ernaches des politischen Interesses im Sangerhausen gelten könne. Beiden Rednern wurde auch sehr viel Beifall spendend. Die Aussprache bewegte sich über von Herrn Pott behandelte Reichsfiskusgesetz. Die von volksparteilichen und deutschnationalen Rednern gemachten Einwendungen fanden keinen Boden. Die Versammlung war für die Ortsgruppe der D. D. P. ein Erfolg. Das wird auch in der Sangerhäuser Presse ihren Verlesern anerkannt.

**Querfurt.** Die Ortsgruppe der D. D. P. erfaßte eine rege Tätigkeit. Einem gefestigten Beifall folgten regelmäßig in jedem Monat Mitglieder- und Parteiveranstaltungen statt. Die erste dieser Versammlungen findet Dienstag, den 21. statt. Für die Versammlung ist ein Vortrag des Geschäftsführers des Kreisverbandes vorgesehen.

**Wittenberg.** Die mit Herrn Minister Dr. Schreiber kürzlich abgehaltene öffentliche Versammlung hat der Ortsgruppe einen guten Erfolg gebracht. Als Auswirkung dieser Veranstaltung ist ein nennenswerter Zutritt an Mitglieder zu verzeichnen.

**Wittenberg.** Sonntag, den 12. Februar, 14 Uhr (2 nachmittags) Kreisparteitag im Restaurant „Gute Mühlstraße“. Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Bericht der Ortsgruppen-Vorsteher und Vertrauensleute des vergangenen Jahr und Ausblick für 1928. (Bericht folgender Zeitungen: Neue Leipziger Zeitung, Wittenberger Allgemeiner Anzeiger, Wittenberger Allgemeine Zeitung, Wittenberger Tageblatt, Politischer Wegweiser, andere demokratische Zeitungen.) 3. Kreisparteitag. 4. Neber- hohelwichtig: Das Kriegesopferproblem Gegenwart und die Stellungnahme der Parteien hinsichtlich der D. D. P. 4. Kreisparteitag. 5. Die 6. Bericht über die Tätigkeit des Kreisparteitages, 6. Organisatorisches (Ref.: Dorndüch). 6. Verschiedenes. bitten alle Mitglieder des Kreisverbandes an dieser Stelle teilzunehmen.

**Zm Namen des Vorstandes.** Rettel

**Holzweißig.** Am Sonntag, den 21. Januar, sprach Holzweißig in einer von der hiesigen Ortsgruppe Demokratischen Partei einberufenen öffentlichen Versammlung im Provinziallandtagsgebäude Direktor Kenter Halle über das Thema: „Republik, Preußen und Reich“. Vor., Lehrer Brillowsky, eröffnete die Versammlung, den Erscheinungen und konnte mit Freude feststellen, daß der Tätigkeit der hiesigen Ortsgruppe, die Partei immer 1 Mitglieder und Freunde gewinnt. Herr Kenter beleuchtete in vorzüglicher ordnener Weise die Arbeit im Reich in Preußen und hielt mit der Kritik nicht zurück. Seine griffe, vor allen Dingen gegen rechts, waren scharf, aber nicht gehalten. In längerem verweilte er sich bei dem deutschen Schulgesamtwort, kritisierte das Kauffelds Verbot bei der Studentenbewegung und plädierte zum Schluß aus: woran Empfinden heraus für den Einheitsstaat. Der stehende dankte dem Redner, bedauerte, daß so wenig Zug von der Seite, denen die Worte besonders geeignet war anwesend waren und eröffnete die Diskussion. — Für die Kommunisten sprach Herr Ködel, Wittenberg. In längeren agitativen Ausführungen endete er mit der Aufforderung an geistigen und werktätigen Arbeiter, im kommenden Wahlen ihren Mann zu stellen. Für den Zugab sprach Herr Braun Holzweißig. Er verwarf sämtliche Parteien und sprach von der durch seine Jugend bedingten idealen Auffassung auch ein einziges Deutschland, konnte aber einen praktischen Weg finden. Holzweißig legte mit dem Gedanken der Monats in seinem Schlusswort wolle der Herr Kenter in nördlich dinständiger einmündiger Weise seine Gegner zu schlagen. 5. Landtagsredner erklärte er, daß, trotzdem er gegen die Partei wäre, er in demselben Augenblicke Partei sei, wo er öffentlich aufträte. Er bedauerte, daß gerade ein so großer der Jugend sich freiwillig von dem Dienste an der Allgemeinheit ausschleife. Dies geschähe besonders dadurch, wenn Wahlenthaltung propagiert wird. Nach Abschluß der kommunistischen Angriffe wurde die Versammlung um 23.15 Uhr geschlossen.

**Wolken.** Auch hier ist eine Versammlung in Vorbereitung. Nähere Angaben erfolgen demnächst.

**Schnieberg.** Für Donnerstag, 2. Februar, ist eine Versammlung vorgesehen. Thema: „Unsere Aufgaben den kommenden Wahlen.“ (Ref.: Herr Dorndüch.)

Für die Schriftleitung verantwortlich: 3. Dorndüch, Halle a. S. Druck und Verlag: Hugo Alpers, Delitzsch.

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland

Verlag: hiesige Druck- und Verlagsanstalt, Halle (Saale), Gr. Braunschweiger Str. 20  
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Braunschweiger Str. 20, Fernsprecher Nr. 1277

Verleger: Dr. Kurtel  
Halle (Saale), Gr. Braunschweiger Str. 20

Nummer 4 Halle (S.) 28. Januar 1928 4. Jahrgang

## Koalition auf Kündigung.

### Wann wird neu gewählt?

Noch immer maltet das lässliche Bestreben vor, den Herbst wenigstens bis Ende März zusammenzubalen, den Etat für 1928 rechtzeitig fertigzustellen. Das kann nur hinführen, denn der französische oder italienische Gebrauch, durch ein solches Einmischen und Warten zu bewilligen, reist nicht zur Nachsicht. Die Beratung des Etats muß sorgfältig vorgenommen werden. Will man überhaupt sparen, und das ist unbedingt erforderlich, so bietet sich hier die einzige Gelegenheit, die man hat, zu beschließen. Auch ist es ganz gut, wenn in dem nächsten Reichstag, das in deutschen Reichstagen vorhergeht, das zur Notwendigkeit. Auch ist die Etatsberatung da, über alle schwebenden Fragen zu sprechen, die nicht erledigt werden können, weil sie nur mit bestimmten Anträgen auf die Tagesordnung gestellt werden können. Es ist die große Generalabrechnung, die am allerersten Tag vor einem Wahlkampf zu entscheiden ist. Eine die Selbstbeschränkung wird allerdings diesmal am Ende sein, schon weil der Etat verpöht eingegangen ist. Die Zeit drängt. Fraglich aber bleibt es, ob sich die Koalition und mit ihr die Reichsregierung auch nur noch halten kann, denn wir befinden uns mitten in einer schlechten Krise, die jeden Tag zum offeneren Ausdruck formiert. Es besteht dann allerdings noch die Möglichkeit, man unbefriedigt Gebrauch machen muß, die jetzige Regierung als geschäftsführende weiter im Amt zu belassen, bis diese Arbeit geleistet ist und die Auflösung

haben wieder auftragen müssen. Cremer geruhte diesen Optimismus unbedenklich. Dann aber wandte er sich gegen das Kabinett wegen seiner Haltung auf der Länderkonferenz und beschwerte ihn, daß sie es an jenem Frühzeitig habe fehlen lassen. Ein Widerspruch erfolgte nicht. Auch wir denken nicht daran, diese Ausführungen abzuschwächen. Scharf und klar formulierte sich das Befremden zum Einheitsstaat, selbstverständlich zum dezentralisierten, denn auch der lebensfähigste Unitarier wird nicht wünschen, daß noch die Berliner Bürokratie verberstet wird. Die Parole: Für Freiheit, Einheit und Einheitsstaat ließ sich jedenfalls hören.

### Das Zentrum

Vielsach hatte man angenommen, daß Herr von Güterlad seinen beiden bedrängten Parteifreunden Köhler und Marx zu Hilfe eilen würde. Zum mindesten konnte er die Angriffe auf beide abwenden. Er dachte gar nicht daran. Im Gegenteil. Die Kritik der Volkspartei wurde von ihm noch unterfüttert. Herr von Güterlad hat eine feine Bitterung und weiß, daß im Zentrum die Zustimmung wurde das jetzige System gewaltig angeschwollen ist und im Notfall auch einmal die Dämme der Partei überfluten kann. Der kluge Mann baut vor. Das tat er auch. Er zerprühlte den Etat genau wie Cremer und bedachte den Finanzminister zu. Mit der Haltung des Kabinetts auf der Länderkonferenz war auch er nicht einverstanden. Er ist kein Unitarier. Das Zentrum hat sich in dieser Hinsicht so bedenklich gewandelt und nimmt Rücksichten auf die bayerische Volkspartei, mit der man eben ein Abkommen geschlossen hat. Aber deren Partikularismus macht er doch nicht mit. Am schlimmsten erging es dem Kaiser wegen seiner Äußerung, das Zentrum sei eine Verfassungskonferenz und weder monarchisch, noch republikanisch. Dieses Wort unseres einigen Reichspräsidentenstandbarten hat das Maß zum Überlaufen gebracht. Herr von Güterlad gebrauchte keine scharfen Wendungen, gewiß nicht, er sagte nur seine Meinung, und die unterschied sich von der des Herrn Marx wie der Tag von der Nacht. Das Zentrum ist und bleibt republikanisch. Damit punktuell. Aber Ohren hat zu hören, er höre. In diesem Augenblick war der Kaiser ein toter Mann. Doch er jemals wieder in der deutschen Republik eine leitende Stelle bekleiden wird, kann schon heute als ausgeschlossen gelten. Sollte das Zentrum wider Erwarten die nächste Kabinettbildung übernehmen, wahrscheinlich wird das die Sozialdemokratie tun, so heißt es aus den bisherigen Inhabern des Amtes nicht heraus.

### Die bayerische Volkspartei

Der kluge Domkapitular von Bamberg hatte es nicht gerade einfach. Herr Dr. Leicht ist kein Freund langer Reden. Er sagt sich immer kurz und gewinnt schon dadurch. Was er sagt, ist wichtig und überlegen, auch wenn man mit seinen Ausführungen an sich nicht einverstanden zu sein braucht. Er war diesmal besonders kurz und man kann ihm das nachfühlen, denn das einzige Kapitel, über das er ausführlicher werden durfte, war der Einheitsstaat, über die Auflösung in Bundesstaaten, wie sie München verlangt. Herr Dr. Leicht ist viel zu lange in Berlin tätig und hat zu tief in die Dinge hineingesehen, um noch begeistert die Gedanken, die man an der Stirn begut, zu vertreten. So begnügte er sich damit, der Einheitsstaat etwas abzuwehren. Man deutlich dürfte er dabei auch nicht werden, denn diese Belastung hätte die junge Freundschaft mit dem Zentrum nicht vertragen, und er weiß sehr wohl, daß diese Freundschaft unbedingt nötig ist, wenn die bayerische Volkspartei nicht im Seimatlande eine offene Niederlage erleiden soll. Zu vermeiden ist sie ohnedies nicht, aber sie wird durch die Hülfe des Zentrums etwas verkleinert. Man braucht die schwebende Hand des großen Bruders, und man darf auch die Sozialdemokratie nicht geringfügig behandeln, da man voraussichtlich im bayerischen Landtag mit ihr zusammengehen wird.

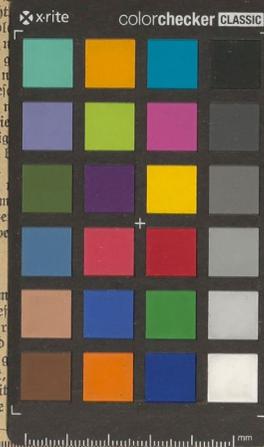
### Schulgesetz

In seiner Staatsrede hat der Demokrat Dietrich-Baden der Deutschen Volkspartei nachdrückliche Grüße übermitteln. Ein Dank für ihre Haltung beim Schulgesetz, bei dem die liberale Einheitsfront sichtbar wird. Man soll gerecht sein und das Bedenken der Deutschen Volkspartei anerkennen. Selbstverständlich mit Unterschied. Herr Dr. Heintze, der eines ihrer Mitglieder im Bildungsausschuß ist, würde den Deutschnationalen keine Ehre machen. Liberalen Geistes hat er keinen Hauch verpirkt. Darauf legt er auch keinen Wert. Er ist immer national-liberal gemeldet und zwar im schlechtesten Sinne des Wortes. Herr

Dr. Kuntel hat sich schon anders seiner Haut gewehrt, und Frau Dr. May, die ursprünglich nicht gerade sehr monogam kämpfte, ist aus ihrem rheinischen Wahlkreise mit dem Weibsel zurückgekommen, daß man dort anders über den Fall denkt als sie. Vor allem hat Herr Dr. Schöps als Führer der Partei, das wollen wir ausprechen, gerade weil wir sehr selten in der Lage sind, ihm Lob zu spenden, mit aller Entschiedenheit gegen das Schulgesetz gehalten. Artikel auf Artikel wurde angenommen, allerdings nicht im Stillschlepp. Einige Male gelang es der Volkspartei, die Paragraphen so umzuwandeln, daß der Prälat Dr. Schreiber vom Zentrum schier verzweifelte. Bei anderen Paragraphen wurde ein Vorbehalt gemacht. Die Klippe kommt erst. Es ist der Paragraph 20, der die Simultan-schule in Baden, Hessen und Nassau behandelt. Hier bleibt die Volkspartei fest, kann auch nicht anders, weil diese Einrichtung in Baden von Wasserbauer stammt, den man noch heute als den eigentlichen Führer verehrt. Auch Stresemann ist sein Schüler. Im Zentrum wiegt man den Kopf hin und her. Bei so vielen Jagdtribunen hätte man auch mit der Unken zum Abbruch kommen können. Die Stunde ist nicht fern, wo die Erklärung erfolgen wird: Wir danken bestens. Wir auch. Ohne Schulgesetz geht es nämlich genau so gut. Sollte es aber kommen, dann muß es in die Zukunft weichen, nicht in das Mittelalter.

### Die Not der Landwirtschaft

Die ständigen Klagen unserer Agrarier über ihre schlechte Lage dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß jetzt tatsächlich ein Notstand herrscht. Das ist nicht mehr Angelegenheit eines einzelnen Berufs, sondern eines ganzen Volkes, denn ihre Erzeugnisse nehmen an Wert rasch ab, während die Kosten für die Produktion, insbesondere für die Düngemittel, sich in ungeheurer Weise erhöhen. Die Lage ist so ernst, daß man sich nicht mehr mit dem Gedanken trösten kann, daß die Preise für die Erzeugnisse der Landwirtschaft in Zukunft wieder ansteigen werden. Die Lage ist so ernst, daß man sich nicht mehr mit dem Gedanken trösten kann, daß die Preise für die Erzeugnisse der Landwirtschaft in Zukunft wieder ansteigen werden. Die Lage ist so ernst, daß man sich nicht mehr mit dem Gedanken trösten kann, daß die Preise für die Erzeugnisse der Landwirtschaft in Zukunft wieder ansteigen werden.



Der Mannheim... auch zutreffend... uns, die r... turen sind... mütigkeit g... rüchlichkeit... Die Arbeit... jeder seine...

## Bildfunk ....

Wie lange wird es noch dauern, bis in jedem Heim / wie heute ein Radio-Empfänger / auch der Bildfunk-Apparat steht, der durch drahtlose Bild-Übertragung erst die technische Vervollständigung des Rundfunks bringt? Über alle Fortschritte auf diesem Gebiet wie auch über viele andere interessante Dinge erzählt die Deutsche Rundfunk-Zeitung, die größte Funkzeitung Deutschlands, die Deutsche Rundfunk-Zeitung, die überdies allwöchentlich familiäre ausführliche Programm-Liste aller in- und ausländischen Sender bringt. Erscheint 50 Pf. / Monatsheft DM 2.- / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung / Probeheft gratis vom Verlag, Berlin N 24